



Rubrik vom 27. April 2006

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Höhere Kinderzulagen nach Giesskannenprinzip

Der Nationalrat hat mit 100:79 Stimmen neue Kinderzulagen beschlossen: Neu sollen einheitlich in der ganzen Schweiz 200 Franken pro Kind und Monat ausgerichtet werden (sowie 250 Franken für Kinder in Ausbildung). Damit werden die bisherigen kantonalen Lösungen zerschlagen. Die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten werden nicht mehr berücksichtigt und anstelle des jetzt funktionierenden Systems erhalten wir wieder ein bisschen mehr Bundesbürokratie. Die Wirtschaft und die Steuerzahler/innen werden mit 900 Millionen pro Jahr zur Kasse gebeten. Noch weiter geht die «Initiative für fairere Kinderzulagen» von Travail.Suisse: Sie fordert einheitliche Familienzulagen von CHF 450 pro Kind und Monat. Für Arm und Reich gleichermassen.

Wer glaubt noch an unsoziale Sozialversicherungen?

Sicher, Geld verteilen macht beliebt. Aber unsere Sozialversicherungen laufen finanziell völlig aus dem Ruder. Das Debakel ist jetzt noch nicht spürbar, aber gerade die nächste Generation wird schmerzhaft büssen, was wir jetzt anrichten. Es macht wenig Sinn, den Eltern der jetzigen Kinder mehr Geld zu geben, wenn es gerade diese Kinder sind, die das Geld mit Zins und Zinseszins dereinst zurückbezahlen müssen. Ausserdem: Wenn das Geld knapp wird, muss man es denen zukommen lassen, die es wirklich brauchen. Die neue Kinderzulagen-Regelung wiederholt den uralten Fehler: Es bekommen alle gleich viel, egal ob Millionär/in oder Verkäufer/in an der Kasse. Das können wir uns nicht mehr leisten.

Familien unterstützen – aber richtig

Richtig ist, dass die Familien mehr Unterstützung brauchen. Wir benötigen mehr Kinderbetreuungsangebote, damit die Frauen arbeiten können und die Familien aus eigener Kraft ihre finanzielle Situation verbessern können. 200 Franken pro Kind sind bei den kleinen Einkommen nur ein Trostpflaster und reichen zur Armutsbekämpfung nicht aus. Dafür wird die Wirtschaft geschwächt.

Schluss mit sinnlosen Massnahmen: Der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Arbeitgeberverband, das Centre Patronal sowie die Fédération des Entreprises Romandes haben sich im Referendumskomitee «Nein zu Bundeskinderzulagen» zusammengeschlossen. Helfen Sie mit Ihrer Unterschrift, dass nicht noch mehr Geld nutzlos versickert (www.bundeskinderzulagen-nein.ch).

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch